



Die Biobauern warnen vor zu hohen Mindestlöhnen

Gewerkschaften wollen 4000 Franken für alle.
Das sei zu viel, finden Landwirte mit Angestellten.



Eisbergsalat für einen Grossverteiler: Auf Biohöfen ist viel Handarbeit gefragt. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

René Lenzin

Der Ständerat hat gesetzlichen Mindestlöhnen gestern eine Abfuhr erteilt. Er lehnte die Initiative der Gewerkschaften für Mindestlöhne von 22 Franken pro Stunde oder rund 4000 Franken pro Monat mit 31 zu 13 Stimmen ab. Das dürfte die Wirtschaftsverbände freuen, die vor den negativen Auswirkungen der Initiative warnen. Und es dürfte insbesondere den Schweizerischen Bauernverband (SBV) freuen, dessen Mitglieder von einem Ja stark betroffen wären – gehört doch die Landwirtschaft zusammen mit dem Tourismus, dem Reinigungsgewerbe und dem Detailhandel zu den Branchen mit überdurchschnittlich vielen Tieflohnbezüglern.

Laut dem Verteilungsbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) waren es 2010 gut 21000 Landwirtschaftsangestellte, die monatlich weniger als 4000 Franken verdienten. Das waren fast zwei Drittel aller sogenannten familienfremden Beschäftigten des dritten Sektors. Zu einem noch höheren Anteil kam eine Stichprobenerhebung des Bauernverbands für das Jahr 2009. 80 Prozent der 1333 erfassten Beschäftigten erhielten monatlich weniger als 4000 Franken, 55 Prozent weniger als 3300 Franken. Dabei handelt es sich um Bruttolöhne inklusive Kost und Logis sowie allfälligem 13. Monatslohn.

Höher als der Lohn der Bauern

Der Bauernverband hat noch keine offizielle Position zur Mindestlohninitiative verabschiedet. In einer «internen Beurteilung» kommt gemäss Vizedirektor Urs Schneider eine Fachkommission des SBV aber zu einem negativen Befund. «Viele Landwirte müssten ihren Angestellten nach einem Ja zur Initiative Löhne zahlen, die über ihrem eigenen Verdienst lägen», sagt er. Im internationalen Vergleich sei die Schweizer Landwirtschaft bereits heute auf einem hohen Kostenniveau. «Daher würden diese Mindestlöhne weitere Konkurrenz Nachteile mit sich bringen», so Schneider. Unter Druck gerieten vor allem arbeitsintensive Bereiche wie der Gemüse- und Obstanbau.

Was für die Landwirtschaft im Allge-

Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 49'725
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 541.3
Abo-Nr.: 1008268
Seite: 7
Fläche: 84'772 mm²

meinen gilt, gilt auch für den Biolandbau im Besonderen. Wie viele Angestellte die knapp 6000 Biobetriebe in der Schweiz beschäftigen, weist die Landwirtschaftsstatistik des Bundes nicht aus. Für die Lohnfrage dürfte dies allerdings keine Rolle spielen, weil sie nicht erheblich mehr oder weniger verdienen als ihre Kollegen in konventionellen Betrieben. Bei den Biobetrieben würde sich die Mindestlohninitiative «nicht wesentlich anders auswirken als im konventionellen Bereich», sagt daher Sabine Lubow vom Dachverband Bio Suisse.

«Es ist nicht unser Ziel, Tieflöhne zu zahlen», sagt Christian Rathgeb, der in Unterstammheim ZH einen Biogemüsebetrieb führt. Aber die Produktion in der Schweiz sei heute schon teuer. Daher würde ein Mindestlohn von 4000 Franken die Probleme noch erhöhen. Rathgeb beschäftigt 120 Angestellte im Winter und 280 im Sommer. Der Mindestlohn auf seinem Hof liegt bei rund 3500 Franken. Er geht an ausländische Hilfskräfte für «Arbeiten, für die wir keine Leute im Inland finden».

Gemäss den Gewerkschaften sollte sich dies dank der Mindestlöhne ändern. Diese sorgten dafür, dass «die Arbeitgeber in der Schweiz nicht billige Arbeitskräfte aus dem Ausland auf Kosten bereits ansässiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anstellen dürfen», heisst es im Argumentarium der Initiative. Dass man bei höheren Löhnen Einheimische für diese Jobs sollte finden können, kann Rathgeb allerdings nicht nachvollziehen. «Das ist harte Handarbeit bei Wind und Wetter. Es ist eine absolute Illusion, dafür einheimische Arbeitskräfte zu finden.»

Mehr Handarbeit, mehr Kosten

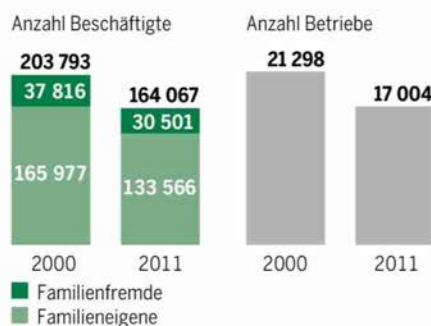
Tendenziell könnten Biobetriebe gar noch stärker unter der Initiative leiden als konventionelle, weil sie mehr Handarbeit und daher höhere Personalkosten verursachen, sagt Sabine Lubow von Bio Suisse. Die gleiche Befürchtung hegen Biobauer Rathgeb und sein Berufskollege Urs Gfeller, der im Kanton Waadt Biogemüse anbaut: «Allein für die Rüben fallen bei uns 800 Stunden Jäten pro Jahr an, die es bei einem konventionel-

len Betrieb nicht braucht», sagt er. In der Waadt liege der Mindestlohn für eine 50-Stunden-Woche bei 3340 Franken, eine Annahme der Initiative hätte daher Gehaltserhöhungen von rund 30 Prozent zur Folge. «Das ist nicht verkraftbar», sagt Gfeller, zumal die Schweizer Preise schon jetzt am Limit seien. Er beschäftigt neun Einheimische übers ganze Jahr und dazu sechs ausländische Erntehelfer von März bis November.

«In der Landwirtschaft führt die Mindestlohninitiative sicher zu einem Zielkonflikt zwischen Löhnen und Preisen», sagt die Berner Nationalrätin Regula Rytz, Co-Präsidentin der Grünen und frühere Gewerkschafterin. Trotzdem sollten auch die Bauern 4000 Franken pro Monat bezahlen können, sagt sie. Für Bioprodukte setzt Rytz auf das Verständnis der Konsumenten, die bereit sein sollten, «für gerechte Löhne etwas höhere Preise zu zahlen». Zumal Lebensmittel heute einen wesentlich geringeren Teil der Haushaltskosten ausmachen als früher.

Tieflöhne: Die grosse Debatte
www.mindestlohn.derbund.ch

Bauernhöfe und ihre Angestellten



TA-Grafik kmh / Quelle: BLW Agrarbericht 2012



Debatte um Mindestlohninitiative «Kein ökonomisches Unglück»

Andreas Valda

Ständerat Roberto Zanetti schätzt die Kosten einer Annahme der Volksinitiative auf 0,8 Prozent der jährlichen Lohnsumme.

Die Mindestlohninitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wird es in der Abstimmung schwer haben. Dies zeigten gestern die ablehnenden Voten im Ständerat, deren Argumente zum Teil schwer zu parieren sind. Das wichtigste ist die fehlende Flexibilität. «Mit einem per Verfassung festgelegten Mindeststundenlohn - weit über dem in allen andern Ländern und für alle Branchen und alle Regionen - würden wir uns im Tieflohnbereich alle Flexibilität für schwierige Zeiten nehmen», sagt der Glarner FDP-Ständerat Pankraz Freitag. Selbst Anhänger des Anliegens aus den Reihen der Sozialdemokraten räumten dies ein.

Eine weitere, wichtige Kritik ist die zu erwartende Sogwirkung eines hohen Mindestlohns. Beispiel Frankreich: Dort liegt der Mittelwert aller Löhne bei 18 Franken. Sollte in der Schweiz per

Verfassung ein Mindestlohn von 22 Franken angesetzt werden, würde sich dies in Europa herumsprechen. «Selbst ein bei uns als nicht qualifiziert geltender und nicht besonders motivierter Arbeitnehmer würde mehr verdienen als das Gros französischer Facharbeiter», erklärt Freitag. Ähnliches gälte aus der Sicht von Deutschen, Italienern oder Polen. Schweizer Arbeitgeber würden von ausländischen Bewerbern überannt werden.

Und die Initianten haben kaum Antworten auf die Frage, was mit den Einstiegs- und Teilzeitjobs passieren würde, die von «einem Grossteil der Niedriglohn-Beschäftigten» ausgeübt werden, so der Glarner SVP-Ständerat This Jenny. «Das sind nämlich Teenager, Studenten, Hausfrauen und Teilzeitbeschäftigte, die etwas zum Familieneinkommen beitragen wollen.» Diese Löhne lägen «durchwegs weit unter der Schwelle von 4000 Franken». Sollte der Mindestlohn auf 22 Franken steigen, würden diese Jobs tendenziell verschwinden. «Anstatt jenen zu helfen, würden wir sie in die Arbeitslosigkeit verbannen.»

Die Befürworter aus den Reihen der Grünen und der SP agierten gestern denn auch defensiv. Sie suchten nach

Rettungsringen und warfen der politischen Mitte vor, nicht Hand zu einem moderaten Gegenvorschlag zu bieten.

Immerhin bot der Solothurner SP-Ständerat Roberto Zanetti ein überraschendes Argument für die Initiative, nämlich, dass eine Erhöhung aller Löhne auf mindestens 22 Franken nur 0,8 Prozent der Lohnsumme kosten würde - oder 0,4 Prozent der Wirtschaftsleistung. Das tönt nach wenig.

Zanettis Rechnung: Der Bundesrat geht von rund 390 000 Arbeitsplätzen aus, bei denen ein Lohn unter 22 Franken bezahlt wird. Der Durchschnittslohn beträgt in diesem Bereich rund 19 Franken. Roberto Zanetti rechnet 390 000 Beschäftigte mal 3 Franken Differenz mal 42 Stunden pro Woche mal 52 Wochen. Dabei kommt er auf 2,5 Milliarden Franken, «die da fehlen».

Sein Fazit: Würde man den Geldeinsatz «ein bisschen optimieren», dann würde «kein ökonomisches Unglück passieren». Er machte dies anschaulich: Von 2005 bis 2010 hat allein die UBS jährlich durchschnittlich 6,9 Milliarden Franken Boni ausbezahlt. «Da nehmen sich die 2,5 Milliarden, die man in die Tieflohnbranchen stecken würde, ziemlich bescheiden aus», stichelte Zanetti.